Rede von Bürgermeisterin Mechtild Schulze Hessing zur Haushaltseinbringung 2024

Es gilt das gesprochene Wort

Sehr geehrte Ratsmitglieder,
sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger,
sehr geehrte Vorstandskollegen und Kolleginnen und Kollegen aus dem Rathaus,
sehr geehrte Pressevertreterinnen und –vertreter!

Die Haushaltsrede im letzten Jahr war geprägt durch die Folgewirkungen der Corona-Pandemie und insbesondere durch den am 24. Februar 2022 von Russland begonnenen Krieg gegen die Ukraine. Der brutale, menschenverachtende Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine hält weiter an, die vermeintliche Weltordnung wankt weiterhin und alle demokratischen wie humanitären Werte, denen wir uns sicher fühlten, werden in Frage gestellt. War ein Krieg in Europa für uns alle unvorstellbar, so ist er jetzt seit 1 ½ Jahren zur Gewissheit geworden – mit allen Konsequenzen. Dass wir die

Ukraine mit unseren städtischen Möglichkeiten unterstützen, zeigt nicht nur die Aufnahme von rund 600 ukrainischen Flüchtlingen, sondern auch unsere jüngst besiegelte Solidaritätspartnerschaft mit der Stadt Podilsk in der Ukraine. Wir werden weiterhin das uns Mögliche zur Unterstützung beitragen.

Eigentlich müsste sich die Weltgemeinschaft zum gemeinsamen Entgegenwirken des Klimawandels mit bereits jetzt vielfältig auftretenden Naturkatastrophen rund um die Welt verbünden und dies als gemeinsame Herausforderung für die Menschheit angehen. Doch stattdessen gibt es weiterhin Krieg und Auseinandersetzung und offene Drohungen zwischen den Staaten.

Der jüngste Gewaltausbrauch der terroristischen Gruppe Hamas gegen die jüdische Bevölkerung in Israel ist ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit und mit nichts zu rechtfertigen. Wir stehen an der Seite Israels und erklären unsere Solidarität gegenüber dem jüdischen Volk. Es muss von allen Seiten alles dafür getan werden, damit dieser Krieg nicht weiter eskaliert, sondern ein Weg für einen dauerhaften Frieden in Nah-Ost gefunden wird. Und wir dürfen auch hier keinen Antisemitismus zulassen und den Kontakt und Austausch mit Israel und ganz

besonders mit den Nachfahren unserer ehemaligen jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürger weiter aufrechterhalten – gerade in diesen schweren Zeiten. Und unsere geplante Israelreise werden wir wohl verschieben müssen, wir geben sie aber nicht auf.

Das weltpolitische Geschehen schlägt durch bis in unsere Stadt Borken und wirkt sich unmittelbar wie mittelbar aus.

Ich nenne hier nur die Schlagworte Energiekrise, Materialverknappung, massive Verteuerung, rasant steigende Inflation, massive Zinserhöhungen, hinzu kommen demografischer Wandel, Fachkräftemangel, wirtschaftliche Stagnation, Rezession, Verunsicherung der Bevölkerung…

Mit diesen Herausforderungen müssen unsere Bürgerinnen und Bürger umgehen und auch wir als Stadt Borken müssen den richtigen Weg finden.

Haben wir 2022 den besten Haushalt aller Zeiten aufweisen können mit einem Rekordüberschuss, so zeigt sich in 2023 schon eine drastische Verschlechterung der

Situation mit der Folge, dass wir voraussichtlich mit einem Defizit zwischen 2 und 3 Mio. € abschließen werden. Doch für 2024 verschlechtern sich die Rahmenbedingen dermaßen, dass wir mit einem **Defizit von 6,31 Mio. €** in die Hausberatungen 2024 einsteigen. Die genauen Zahlen wird anschließend unser Kämmerer Norbert Nießing vorstellen. Ich möchte allerdings zuvor die wesentlichen Einflussfaktoren benennen:

„Der Staat verspricht mehr, als er (zukünftig) halten kann.“

- Die letzten 12 Jahre nach der Finanzkrise 2008 mit den Folgen bis 2011 war in Deutschland sehr stark davon geprägt, dass der Staat in Summe immer mehr und deutlich bessere Leistungen und Ansprüche der Bürgerinnen und Bürger gegenüber umgesetzt hat. Standards wurden stetig angehoben:

  Der Rechtsanspruch auf eine Betreuung in der Kita, der Ausbau der Betreuungslandschaft im Grundschulbereich, und jetzt neu der Rechtsanspruch auf einen OGS-Platz, Verzicht auf Unterhaltungsheranziehung in der Pflege, neulich der Verzicht auf Beiträge beim Ausbau von Straßen, der Teilhabeanspruch in einer inklusiven Gesellschaft, Schaffung und massiver Ausbau eines Bildungs- und Teilhabepaketes für

einkommensschwache Kinder einschl. kostenlosen Mittagessen und Schulbedarfspaket, stark steigende Sätze im Bürgergeld, stark steigendes Wohngeld, komplizierte Ansprüche nach dem BTHG, und der Aufbau einer immer umfangreicheren Förderkulisse etc.

- Gleichzeitig wurden viele Sonderpakete aufgelegt zur Finanzierung diverser Krisen. Von der ersten Flüchtlingswelle 2015/2016 bis hin zu Corona-Paketen zur Unterstützung der Wirtschaft, der Kommunen und Krankenkassen mit kostenlosen Testen und Impfungen, ein 100 Mrd. Paket für die Bundeswehr wird aufgelegt, wir versorgen in der Ukraine Krise in Deutschland mehr als 1,1 Mio Flüchtlinge aus diesem Land neben diversen Hilfspaketen, wir nehmen viele geflüchtete Personen aus diversen Krisenherden in der Welt auf (Afghanistan, Syrien, Libanon) aber auch ungesteuert Zufluchtsuchende aus wirtschaftlichen Gründen auf. Diese Aufzählung enthält keine Bewertung, sondern soll die massiven Ausgaben- und Aufgabenzuwächse deutlich machen.

- Eine auskömmliche finanzielle Grundausstattung der Kommunen im Sinne einer echten Selbstverwaltung ist nicht gegeben. Im Gegensatz dazu werden immer mehr personal- und zeitaufwendige Förderkulissen mit komplizierten Verfahren und Förderbedingungen aufgelegt, die die Handlungsfähigkeit der Kommunen einschränken. Um hier handlungsfähig zu bleiben,

mussten wir eigens einen Fachbereich zur Fördermittelakquise aufbauen.

- All diese riesigen Herausforderungen konnten bislang irgendwie noch gestemmt werden. Dies ging einher mit einem beispiellosen Personalaufbau in allen Teilen der Verwaltung. Allein beim Landschaftsverband Westfalen Lippe wurden in den letzten 6 Jahren mehr als 830 Stellen geschaffen, bei der Bezirksregierung ebenfalls viele hundert Stellen, beim Kreis rund 200 Stellen in den letzten 11 Jahren und auch wir bei der Stadt Borken haben einen Zuwachs von 54,5 Stellen in den letzten 11 Jahren zur Bewältigung der zusätzlichen Aufgaben zu verzeichnen.

- Die Herausforderungen konnten auch deswegen gestemmt werden, weil dem Staat über alle Ebenen hinweg durch eine starke Wirtschaft mit der Folge steigender Steuereinnahmen sehr viel Geld zur Verfügung stand. Die Steuerquellen sprudelten. Jedes aufkommende Problem wurde nie strukturell, sondern fast ausschließlich mit Geld gelöst.

Fast alle Aufgaben müssen vor Ort von den Kommunen gelöst werden, ohne dass eine nachhaltige Finanzierung dahintersteht!
Uns Kommunen fällt es auf die Füße!

- Die Kommunen spielen mit dem verfassungsrechtlich garantierten Recht der Selbstverwaltung im Staatsaufbau der Bundesrepublik Deutschland eine

zentrale Rolle. Hier wird direkt und unmittelbar für die Bürgerinnen und Bürger gehandelt.

- Gemeinden entscheiden über viele Dinge, die das Leben der Bürgerinnen und Bürger vor Ort direkt betreffen, von der Geburt bis zum Tod.
- Eine Selbstverwaltung ist allerdings nur möglich, wenn es eine angemessene Finanzausstattung und eine Verlässlichkeit der Rahmenbedingungen gibt.
- Diese Bedingungen sind aktuell nicht mehr erfüllt.
- Der Gesetzgeber hat sehr viele Leistungsgesetze beschlossen, die unmittelbar auf die unterste staatliche Ebene –nämlich uns Kommunen - durchschlagen. Wir müssen sie umsetzen. Wie beispielsweise:

Der Rechtsanspruch auf den Kindergartenplatz oder einen Platz in der OGS muss die Kommune erfüllen und in weiten Teilen finanzieren. Wir sehen diesen Versorgungsanspruch gerade in dem sensiblen Bereich der Bildung in Kita und Schule und wollen diesem gerecht werden. Allerdings führt die Umsetzung dazu, dass wir das als Kommunen nicht allein umsetzen können ohne in finanziell schwierige Fahrwasser zu geraten. Begründung:

1. Der Nettoaufwand (nach Abzug der Landesförderung und den Elternbeiträgen) für die Kinderbetreuung in Kitas stieg in der Stadt Borken in den letzten Jahren um durchschnittlich eine Mio EUR!

2. Der Gesetzgeber hat den Rechtsanspruch auf einen OGS-Platz formuliert und stellt uns in Summe 1,6 Mio EUR für die notwendigen baulichen Maßnahmen in sechs Grundschulen und keine Ergänzungsmittel für den laufenden Betrieb zur Verfügung.

3. Es werden Förderpakte für die Digitalisierung auf dem Weg gebracht, mit dem digitale Endgeräte für Lehrpersonal (also Beamte des Landes) in Schulen gefördert wird. Bei defekten Geräten, Reparaturen, Betreuung …. Ist die Kommune gefragt.

4. Die Anforderungen für eine Feuer- und Rettungswache werden so hoch gesetzt, dass wir für den Bau mindestens das vierfache Jahresvolumen der Grundsteuer B veranschlagen müssen. Es gibt keine Drittmittel von Bund oder Land. Fair???

5. Den Kommunen wird die Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen übertragen und wir wissen am 23.10.2023 nicht, mit welchen Mitteln wir vom Land für diese schwierige und mittlerweile überfordernde Aufgabe rechnen können.

Zu diesem schwierigen Fahrwasser trägt bei, dass sich in NRW die Umlageverbände wie LWL und Kreis über Umlagen finanzieren. Die LWL-Umlage zahlt der Kreis, der wiederum über die Kreisumlage seinen Finanzbedarf bei den Kommunen stillt.

- Der Haushalt des LWL ist wesentlich über die Eingliederungshilfe definiert. Etwa 80% der

gesamten Ausgaben fließen in diesen Aufgabenbereich.

- Die Ausgaben wachsen seit Jahren ungebremst. Allein der LWL muss für diese Aufgabe 2,9 Mrd. EUR aufbringen. Die Landschaftsumlage liegt mittlerweile bei 3,1 Mrd EUR, die über den Finanzierungsmechanismus von den Kommunen getragen wird.
- Auch hier der perfide Mechanismus: Im Rahmen seiner Gesetzgebungskompetenz setzt der Bund den Leistungsrahmen für die Eingliederungshilfe, ohne dass er die Kostenfolgen in seinem eigenen Haushalt spürt.
- Wir spüren dies aber sehr wohl in unserem Haushalt: Für die Kreisumlage müssen 2,7 Mio zusätzlich veranschlagt werden. Woher sollen wir solche Summen nehmen?
- Das schlimmste: Der Ausgabenanstieg beschleunigt sich zunehmend….

Sich eintrübende Staatseinnahmen werden den Konsolidierungsdruck erhöhen – auf allen Ebenen

1. Bei einer zurückgehenden Wirtschaftsleistung und nicht mehr steigenden oder sogar leicht sinkenden Steuereinnahmen sind die Versprechen des Staates nicht mehr finanzierbar.

2. Erschwerend hinzu kommt die Inflation und damit einhergehende Kostensteigerungen. Obwohl wir viele gute Ansätze zur Kosteneinsparungen entwickelt haben (z.B. LED-Beleuchtung in allen Bereichen, massive Investitionen in Photovoltaik Anlagen, …) reichen diese Entlastungen nicht aus, um Kostensteigerungen in anderen Bereichen aufzufangen

3. Besonders schwierig ist die Entwicklung im Personalhaushalt. Der Tarifabschluss in dieser Höhe schlägt sich massiv auf die steigenden Personalkosten nieder – und das bei allen öffentlichen Dienstleistungen – so auch beim LWL und Kreis. Für die Stadt Borken müssen wir davon ausgehen, dass wir für unser Personal im kommenden Jahr rund 4,3 Mio. EUR mehr ausgeben müssen – ohne eine Stelle mehr!

4. Dabei haben wir alle zusätzlichen Aufgaben etwa im Bereich Rettungsdienst und in der Betreuung von Flüchtlingen über Verschiebungen und Schwerpunktsetzungen kompensiert. Der Stellenplan soll im kommenden Jahr nicht ausgeweitet werden. Gleichwohl diese Steigerungsraten.

5. Wir brauchen eine Rückbesinnung auf die grundlegenden Aufgaben eines Gemeinwesens und einen ernst gemeinten Bürokratieabbau einschl. automatisierter und digitalisierter Bearbeitung von

Anträgen, Verzicht auf Leistungsausweitungen und vielleicht sogar eine grundlegende Reform der Verwaltung.

6. Die sinkenden Staatseinnahmen werden diesen Druck verstärken.
7. Setzen wir uns auf allen Ebenen dafür ein, dass sich etwas ändert!

Und wie geht es denn unserer Familie Kuhm, die uns seit einigen Jahren bei der Haushaltseinbringung begleitet.

Wir möchten gemeinsam die Zukunft der Stadt Borken gestalten!

Wir müssen uns immer vergegenwärtigen, dass wir uns hier in Borken wie im Kreis Borken und im Münsterland im interkommunalen Vergleich fast wie „auf einer Insel“ befinden.

Für Borken gilt:

- Wir verfügen dank der guten Jahresergebnisse über eine gut gefüllte Ausgleichsrücklage, die wir für eine gewisse Zeit für den Ausgleich von Verlusten einsetzen können.
- Wir verfügen über ein gutes Polster an Liquidität, sodass wir Investitionen angehen können, ohne

unmittelbar in eine Ver- oder sogar Überschuldung zu geraten.

- Wir verfügen über eine prima Infrastruktur, die in den vergangenen Jahren mit zweistelligen Millionenbeträgen verbessert wurde.
- Wir haben ein attraktives Kinderbetreuungs- und Schulangebot und wollen es auch im kommenden Jahr noch weiter ausbauen.
- Wir bauen Gewerbe- und Siedlungsgebiete aus und stellen Gelder für die Kläranlage zur Verfügung.
- Wir haben die Kraft auch Großprojekte wie die Feuer- und Rettungswache anzugehen, eines der mutmaßlich größten Projekte in der Geschichte der Stadt Borken.
- Wir wollen allerdings einen Investitionsdeckel einführen, um uns nicht zu überfordern. Ihnen als Politik obliegt es, die dahinterliegende Priorisierung zu bewerten.
- All das stimmt für mich bei allen Schwierigkeiten für unsere Stadt sehr positiv.
- Und wir haben eine motivierte und engagierte Mannschaft im Rathaus, die bereit und willens ist, die Herausforderungen anzunehmen und gute Arbeit zu leisten.
- Und das machen wir, damit sich unsere Familie Kuhm – stellvertretend für alle Menschen in unserer Stadt - auch in Zukunft in Borken wohlfühlen.

Ich bedanke mich ausdrücklich bei Norbert Nießing und dem Team der Kämmerei unter Leitung von Petra Tenostendarp für die Vorbereitung des Haushaltes und den wie immer dezidierten Vorbericht.